

## German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch- BGB)

März 2008

### § 119

#### Anfechtbarkeit wegen Irrtums

- (1) Wer bei der Abgabe einer Willenserklärung über deren Inhalt im Irrtum war oder eine Erklärung dieses Inhalts überhaupt nicht abgeben wollte, kann die Erklärung anfechten, wenn anzunehmen ist, dass er sie bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Falles nicht abgegeben haben würde.
- (2) Als Irrtum über den Inhalt der Erklärung gilt auch der Irrtum über solche Eigenschaften der Person oder der Sache, die im Verkehr als wesentlich angesehen werden.

### § 121

#### Anfechtungsfrist

- (1) Die Anfechtung muss in den Fällen der §§ 119, 120 ohne schuldhaftes Zögern (unverzüglich) erfolgen, nach dem der Anfechtungsberechtigte von dem Anfechtungsgrund Kenntnis erlangt hat. Die einem Abwesenden gegenüber erfolgte Anfechtung gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn die Anfechtungserklärung unverzüglich abgesendet worden ist.
- (2) Die Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn seit der Abgabe der Willenserklärung zehn Jahre verstrichen sind.

### § 123

#### Anfechtbarkeit wegen Täuschung oder Drohung

- (1) Wer zur Abgabe einer Willenserklärung durch arglistige Täuschung oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist, kann die Erklärung anfechten.
- (2) Hat ein Dritter die Täuschung verübt, so ist eine Erklärung, die einem anderen gegenüber abzugeben war, nur dann anfechtbar, wenn dieser die Täuschung kannte oder kennen musste. Soweit ein anderer als derjenige, welchem gegenüber die Erklärung abzugeben war, aus der Erklärung unmittelbar ein Recht erworben hat, ist die Erklärung ihm gegenüber anfechtbar, wenn er die Täuschung kannte oder kennen musste.

### § 124

#### Anfechtungsfrist

- (1) Die Anfechtung einer nach § 123 anfechtbaren Willenserklärung kann nur binnen Jahresfrist erfolgen.
- (2) Die Frist beginnt im Falle der arglistigen Täuschung mit dem Zeitpunkt, in welchem der Anfechtungsberechtigte die Täuschung entdeckt, im Falle der Drohung mit dem Zeitpunkt, in welchem die Zwangslage aufhört. Auf den Lauf der Frist finden die für die Verjährung geltenden Vorschriften der §§ 206, 210 und 211 entsprechende Anwendung.
- (3) Die Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn seit der Abgabe der Willenserklärung zehn Jahre verstrichen sind.

### § 138

#### Sittenwidriges Rechtsgeschäft; Wucher

- (1) Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.
- (2) Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Zwangslage, der Unerfahrenheit, des Mangels an Urteilsvermögen oder der erheblichen Willensschwäche eines anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren lässt, die in einem auffälligen Missverhältnis zu der Leistung stehen.

### § 142

#### Wirkung der Anfechtung

### § 119

#### Rescission Due to Error

- (1) Any person who, upon making a declaration of intention, was in error as to its content or did not intend to make a declaration with such content at all, may rescind the declaration if it may be assumed that he would not have made it had he been aware of the facts and had a reasonable appreciation of the situation.
- (2) An error regarding those characteristics of a person or thing which are regarded in business as essential is also deemed to be an error as to the content of the declaration.

### § 121

#### Rescission Period

- (1) Rescission must be effected, in the cases set out in §§ 119 and 120, without culpable delay (without undue delay) after the person entitled to rescind gains knowledge of the grounds for the rescission. A rescission effected against an absent person shall be deemed to be effected in due time if the declaration of rescission is dispatched without undue delay.
- (2) Rescission shall be excluded if ten years have elapsed since the declaration of intent was made.

### § 123

#### Rescission on Grounds of Fraud or Threats

- (1) Any person who has been induced to make a declaration of intent by deception or unlawfully by threats may rescind such declaration.
- (2) If a third party committed the deception, a declaration which was to be made to another person may only be rescinded if the recipient of the declaration knew or should have known of the deception. If a person other than the recipient of the declaration to be made has acquired a right directly through the declaration, the declaration may be rescinded vis-a-vis such person if he knew or should have known of the fraud.

### § 124

#### Rescission Period

- (1) The rescission of a declaration of intent which may be rescinded under § 123 may be effected only within a period of one year.
- (2) In a case of fraudulent deception, the period shall begin to run from the moment the person entitled to rescind the deception, and in case of duress, from the time the duress ceases. The provisions set forth in §§ 206, 210 and 211 applicable to limitation periods apply to the running of this period mutatis mutandis.
- (3) Rescission is barred if ten years have elapsed since the declaration of intent was made.

### § 138

#### Legal Transaction Against Public Policy; Usury

- (1) A legal transaction which is against public policy is invalid.
- (2) In particular, a legal transaction by which a person exploiting another person's predicament, inexperience, lack of sound judgment or substantial lack of will power causes to be promised or granted to himself or to a third party pecuniary advantages in exchange for a performance which are in obvious disproportion to the performance is also invalid.

### § 142

#### Effect of Rescission

(1) Wird ein anfechtbares Rechtsgeschäft angefochten, so ist es als von Anfang an nichtig anzusehen.

(2) Wer die Anfechtbarkeit kannte oder kennen musste, wird, wenn die Anfechtung erfolgt, so behandelt, wie wenn er die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts gekannt hätte oder hätte kennen müssen.

#### § 242

##### **Leistungen nach Treu und Glauben**

Der Schuldner ist verpflichtet, die Leistung so zu bewirken, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern.

#### § 249

##### **Art und Umfang des Schadensersatzes**

(1) Wer zum Schadensersatz verpflichtet ist, hat den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre.

(2) Ist wegen Verletzung einer Person oder wegen Beschädigung einer Sache Schadensersatz zu leisten, so kann der Gläubiger statt der Herstellung den dazu erforderlichen Geldbetrag verlangen. Bei der Beschädigung einer Sache schließt der nach Satz 1 erforderliche Geldbetrag die Umsatzsteuer nur mit ein, wenn und soweit sie tatsächlich angefallen ist.

#### § 252

##### **Entgangener Gewinn**

Der zu ersetzende Schaden umfasst auch den entgangenen Gewinn. Als entgangen gilt der Gewinn, welcher nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge oder nach den besonderen Umständen, insbesondere nach den getroffenen Anstalten und Vorkehrungen, mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden konnte.

#### § 253

##### **Immaterieller Schaden**

(1) Wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, kann Entschädigung in Geld nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen gefordert werden.

(2) Ist wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung Schadensersatz zu leisten, kann auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung in Geld gefordert werden.

#### § 254

##### **Mitverschulden**

(1) Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt, so hängt die Verpflichtung zum Ersatz sowie der Umfang des zu leistenden Ersatzes von den Umständen, insbesondere davon ab, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder dem anderen Teil verursacht worden ist.

(2) Dies gilt auch dann, wenn sich das Verschulden des Beschädigten darauf beschränkt, dass er unterlassen hat, den Schuldner auf die Gefahr eines ungewöhnlich hohen Schadens aufmerksam, zu machen, die der Schuldner weder kannte noch kennen musste, oder dass er unterlassen hat, den Schaden abzuwenden oder zu mindern. <sup>2</sup>Die Vorschrift des §278 findet entsprechende Anwendung.

#### §305

##### **Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen in den Vertrag**

(1) Allgemeine Geschäftsbedingungen sind alle für eine Vielzahl von Verträgen vorformulierten Vertragsbedingungen, die eine Vertragspartei (Verwender) der anderen Vertragspartei bei Abschluss eines Vertrags stellt. Gleichgültig ist, ob die Bestimmungen einen äußerlich gesonderten Bestandteil des Vertrags bilden oder in die Vertragsurkunde selbst aufgenommen werden, welchen Umfang sie haben, in welcher Schriftart sie verfasst sind

(1) If a legal transaction which is subject to rescission, is rescinded it shall be deemed to have been void from the outset.

(2) If a person knew or should have known of the possibility of rescission, if a transaction is rescinded he shall be treated as if he had known or should have known of the nullity of the legal transaction.

#### § 242

##### **Performance in Good Faith**

The debtor shall be obligated to perform in a manner consistent with the principles of good faith taking into account accepted practice.

#### § 249

##### **Type and Scope of Compensation**

(1) A person, who is obligated to pay compensation shall restore the situation which would have existed had the circumstances leading to the compensation not occurred.

(2) If compensation is to be paid due to personal injury or property damage, the creditor may, in lieu of restoration, demand the sum of money necessary for that purpose. In the case of property damage, the monetary sum necessary pursuant to sentence 1 shall only include turnover tax if and to the extent it was actually incurred.

#### § 252

##### **Lost Profit**

The compensation shall also include lost profit. Profit is deemed to be lost that could probably have been expected in the ordinary course of events or under the particular circumstances involved, in particular in view of the preparations and arrangements made.

#### § 253

##### **Intangible Damages**

(1) For damage which is not a financial loss, compensation in money can only be demanded in the cases determined by law.

(2) If compensation is to be made due to bodily injury, damage to health, loss of liberty or sexual self-determination, a reasonable compensation in money can also be claimed for damage which is not a financial loss.

#### § 254

##### **Contributory Negligence**

(1) If the damaged party was also at fault for the occurrence of damage, the Obligation to provide compensation, as well as the amount of compensation to be rendered, shall particularly depend upon the extent to which the damage was primarily caused by the one party or the other

(2) This shall also apply if the damaged party's culpability is limited to the fact that he failed to call the debtor's attention to the danger of an unusually high degree of damage of which the debtor was unaware and was not obligated to be aware, or that he failed to avert or mitigate the damage, the provision set forth in § 278 applies *mutatis mutandis*.

#### § 305

##### **Incorporation of General Terms and Conditions Into the Contract**

(1) General Terms and Conditions are all contractual terms which have been preformulated for a multitude of contracts which one party to the contract (the user) presents to the other party upon conclusion of the contract. <sup>2</sup>It is irrelevant whether the provisions appear as a separate part of a contract or are included in the contractual document it-self, how extensive they are, what type-face is used for them, or what form the contract takes. Contractual terms do not

und welche Form der Vertrag hat. Allgemeine Geschäftsbedingungen liegen nicht vor, soweit die Vertragsbedingungen zwischen den Vertragsparteien im Einzelnen ausgehandelt sind.

(2) Allgemeine Geschäftsbedingungen werden nur dann Bestandteil eines Vertrags, wenn der Verwender bei Vertragsschluss

1. die andere Vertragspartei ausdrücklich oder, wenn ein ausdrücklicher Hinweis wegen der Art des Vertragsschlusses nur unter unverhältnismäßigen Schwierigkeiten möglich ist, durch deutlich sichtbaren Aushang am Ort des Vertragsschlusses auf sie hinweist und
  2. der anderen Vertragspartei die Möglichkeit verschafft, in zumutbarer Weise, die auch eine für den Verwender erkennbare körperliche Behinderung der anderen Vertragspartei angemessen berücksichtigt, von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen, und wenn die andere Vertragspartei mit ihrer Geltung einverstanden ist.
- (3) Die Vertragsparteien können für eine bestimmte Art von Rechtsgeschäften die Geltung bestimmter Allgemeiner Geschäftsbedingungen unter Beachtung der in Absatz 2 bezeichneten Erfordernisse im Voraus vereinbaren.

### § 305a

#### Einbeziehung in besonderen Fällen

(1) Auch ohne Einhaltung der in § 305 Abs. 2 Nr. 1 und 2 bezeichneten Erfordernisse werden einbezogen, wenn die andere Vertragspartei mit ihrer Geltung einverstanden ist, die mit Genehmigung der zuständigen Verkehrsbehörde oder auf Grund von internationalen Übereinkommen erlassenen Tarife und Ausführungsbestimmungen der Eisenbahnen und die nach Maßgabe des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Beförderungsbedingungen der Straßenbahnen, Obusse und Kraftfahrzeuge im Linienverkehr in den Beförderungsvertrag,

- (2) die im Amtsblatt der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen veröffentlichten und in den Geschäftsstellen des Verwenders bereitgehaltenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen
- a) in Beförderungsverträge, die außerhalb von Geschäftsräumen durch den Einwurf von Postsendungen in Briefkästen abgeschlossen werden,
  - b) in Verträge über Telekommunikations-, Informations- und andere Dienstleistungen, die unmittelbar durch Einsatz von Fernkommunikationsmitteln und während der Erbringung einer Telekommunikations-Dienstleistung in einem Mal erbracht werden, wenn die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der anderen Vertragspartei nur unter unverhältnismäßigen Schwierigkeiten vor dem Vertragsschluss zugänglich gemacht werden können.

### §305b

#### Vorrang der Individualabreden

Individuelle Vertragsabreden haben Vorrang vor Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

### §305 c

#### Überraschende und mehrdeutige Klauseln

(1) Bestimmungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die nach den Umständen, insbesondere nach dem äußeren Erscheinungsbild des Vertrags, so ungewöhnlich sind, dass der Vertragspartner des Verwenders mit ihnen nicht zu rechnen braucht, werden nicht Vertragsbestandteil.

(2) Zweifel bei der Auslegung Allgemeiner Geschäftsbedingungen gehen zu Lasten des Verwenders.

### § 306

#### Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit

- (1) Sind Allgemeine Geschäftsbedingungen ganz oder teilweise nicht Vertragsbestandteil geworden oder unwirksam, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam.
- (2) Soweit die Bestimmungen nicht Vertragsbestandteil geworden oder unwirksam sind, richtet sich der Inhalt des

constitute General Terms and Conditions where they have been individually negotiated between the parties.

(2) General Terms and Conditions only become a part of a contract, if the user upon concluding the contract

1. refers the other contracting party to them explicitly or, where explicit reference due to the nature of the conclusion of the contract is only possible with considerable difficulties, by posting a clearly visible notice at the place of the conclusion of the contract, and
  2. provides the other contracting party with the opportunity, in an acceptable manner, that also appropriately takes into account a physical handicap of the other contracting party discernible by the user, of taking notice of their contents, and if the other contracting party is in agreement with their application.
- (3) Subject to observance of the requirements set out in subsection above, the parties may agree in advance, that particular General Terms and Conditions will apply to a particular type of legal transaction.

### § 305 a

#### Incorporation in Special Cases

(1) Even without compliance with the requirements cited in § 305 (2) nos. 1 and 2, if the other contracting party is in agreement with their application, tariffs and regulations adopted with the approval of the competent transport authority or on the basis of international conventions and terms of transport, authorised in accordance with the Passenger Transport Act, of trams, buses and motor vehicles in scheduled services are incorporated into the transport contract,

- (2) general and conditions published in the official Journal of the Federal Network Agency for Electricity, Gas, Telecommunications, Post and Railway and kept available in the user's business premises are incorporated,
- a) into contracts of carriage concluded away from business premises by the posting of items in post-boxes,
  - b) into contracts for telecommunications, information and other services that are provided directly and in one go by means of remote communication and during the provision of a telecommunications service, if it is unreasonably difficult to make the General Terms and Conditions available to the other party before conclusion of the contract.

### §305b

#### Precedence of Individually Negotiated Terms

Individually negotiated terms take precedence over General Terms and Conditions.

### §305 c

#### Surprising and Ambiguous Clauses

(1) Provisions in General Terms and Conditions which in the circumstances, in particular in view of the outward appearance of the contract, are so unusual that the contractual partner of the user could not reasonably have expected them, do not form part of the contract.

(2) In case of doubt, General Terms and Conditions shall be interpreted against the user.

### §306

#### Legal Consequences of Non-incorporation and Ineffectiveness

- (1) If some or all General Terms and Conditions have not become part of the contract or are ineffective, the remainder of the contract continues to be effective.
- (2) Where provisions have not become part of the contract or are ineffective, the content of the

Vertrags nach den gesetzlichen Vorschriften.

(3) Der Vertrag ist unwirksam, wenn das Festhalten an ihm auch unter Berücksichtigung der nach Absatz 2 vorgesehenen Änderung eine unzumutbare Härte für eine Vertragspartei darstellen würde.

#### **§ 306a**

##### **Umgehungsverbot**

Die Vorschriften dieses Abschnitts finden auch Anwendung, wenn sie durch anderweitige Gestaltungen umgangen werden.

#### **§ 307**

##### **Inhaltskontrolle**

(1) Bestimmungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind unwirksam, wenn sie den Vertragspartner des Verwenders entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligen.<sup>2</sup>Eine unangemessene Benachteiligung kann sich auch daraus ergeben, dass die Bestimmung nicht klar und verständlich ist.

(2) Eine unangemessene Benachteiligung ist im Zweifel anzunehmen, wenn

1. eine Bestimmung mit wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung, von der abgewichen wird, nicht zu vereinbaren ist oder
2. wesentliche Rechte oder Pflichten, die sich aus der Natur des Vertrags ergeben, so einschränkt, dass die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet ist

(3) Die Absätze 1 und 2 sowie die §§ 308 und 309 gelten nur für Bestimmungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen, durch die von Rechtsvorschriften abweichende oder diese ergänzende Regelungen vereinbart werden. Andere Bestimmungen können nach Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 1 unwirksam sein.

#### **§ 308**

##### **Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit**

In Allgemeinen Geschäftsbedingungen ist insbesondere unwirksam

1. (Annahme- und Leistungsfrist)  
eine Bestimmung, durch die sich der Verwender unangemessen lange oder nicht hinreichend bestimmte Fristen für die Annahme oder Ablehnung eines Angebots oder die Erbringung einer Leistung vorbehält; ausgenommen hiervon ist der Vorbehalt, erst nach Ablauf der Widerrufs- oder Rückgabefrist nach § 355 Abs. 1 und 2 und § 356 zu leisten
2. (Nachfrist)  
eine Bestimmung, durch die sich der Verwender für die von ihm zu bewirkende Leistung abweichend von Rechtsvorschriften eine unangemessen lange oder nicht hinreichend bestimmte Nachfrist vorbehält;
3. (Rücktrittsvorbehalt)  
die Vereinbarung eines Rechts des Verwenders, sich ohne sachlich gerechtfertigten und im Vertrag angegebenen Grund von seiner Leistungspflicht zu lösen; dies gilt nicht für Dauerschuldverhältnisse;
4. (Änderungsvorbehalt)  
die Vereinbarung eines Rechts des Verwenders, die versprochene Leistung zu ändern oder von ihr abzuweichen, wenn nicht die Vereinbarung der Änderung oder Abweichung unter Berücksichtigung der Interessen des Verwenders für den anderen Vertragsteil zumutbar ist;
5. (Fingierte Erklärungen)  
eine Bestimmung, wonach eine Erklärung des Vertragspartners des Verwenders bei Vornahme oder Unterlassung einer bestimmten Handlung als von ihm abgegeben oder nicht abgegeben gilt, es sei denn, dass
  - a) dem Vertragspartner eine angemessene Frist zur Abgabe einer ausdrücklichen Erklärung eingeräumt ist und
  - b) der Verwender sich verpflichtet, den Vertragspartner bei Beginn der Frist auf die vorgesehene Bedeutung seines Verhaltens besonders hinzuweisen;dies gilt nicht für Verträge, in die Teil B der Verdingungsordnung für Bauleistungen insgesamt einbezogen ist;

contract shall be determined by the statutory regulations.

(3) The contract is invalid if one party would suffer unreasonable hardship, if it were bound by the contract even after the amendment provided for in para. (2) above.

#### **§ 306a**

##### **Prohibition of Circumvention**

The rules in this chapter apply even if they are circumvented by other arrangements.

#### **§307**

##### **Review of Subject Matter**

(1) Provisions in General Terms and Conditions are invalid if, contrary to the requirements of good faith, they place the contractual partner of the user at an unreasonable disadvantage.<sup>2</sup>An unreasonable disadvantage may also result from the fact that the provision is not clear and comprehensible.

(2) In case of doubt, an unreasonable disadvantage must be assumed if a provision

1. is not compatible with the essential principles of the statutory regulation from which it deviates, or
2. limits material rights or duties inherent in the nature of the contract to such an extent that attainment of the contractual objective is jeopardised.

(3) Paragraphs (1) and (2) above, and §§ 308 and 309 apply only to provisions in General Terms and Conditions with which provisions derogating from or supplementing legal rules are agreed. Other provisions may be invalid under para. (1) sentence 2 in conjunction with para. (1) sentence 1 above.

#### **§308**

##### **Prohibited Clauses with the Option of Appraisal**

In General Terms and Conditions, the following are in particular invalid

1. (Period of time for acceptance and performance)  
a provision whereby the user makes reservation for unreasonably protracted or inadequately determined periods of time for acceptance or rejection of an offer or for the rendering of a performance; an exception is the reservation to perform only after the end of the period of time for revocation or return under §§ 355 para. (1) and para. (2) and 356;
2. (Additional period)  
a provision whereby the user makes reservation for an unreasonably protracted or inadequately determined additional period of time contrary to legal provisions for the performance he is to render;
3. (Reservation of rescission)  
agreement of a right of the user to free himself from his obligation to perform without any objectively justified reason indicated in the contract; this does not apply to recurring obligations;
4. (Reservation of modification)  
the agreement of a right by the user to modify the performance promised or deviate from it, unless the agreement of the modification or deviation can reasonably be expected of the other contracting party taking the users interests into account;
5. (Constructive declarations)  
a provision according to which a declaration by the party to the contract with the user is deemed to have been made or not made when undertaking or omitting a specific action, unless
  - a) the contracting party is granted a reasonable period of time for making an explicit declaration, and
  - b) the user undertakes to draw the other party's attention to the in-tended significance of his behaviour at the beginning of the period of time; this does not apply to contracts in which the whole of Part B of the award rules for building and construction work is incorporated

6. (Fiktion des Zugangs)  
eine Bestimmung, die vorsieht, dass eine Erklärung des Verwenders von besonderer Bedeutung dem anderen Vertragsteil als zugegangen gilt;
7. (Abwicklung von Verträgen)  
eine Bestimmung, nach der der Verwender für den Fall, dass eine Vertragspartei vom Vertrag zurücktritt oder den Vertrag kündigt,  
a) eine unangemessen hohe Vergütung für die Nutzung oder den Gebrauch einer Sache oder eines Rechts oder für erbrachte Leistungen oder  
b) einen unangemessen hohen Ersatz von Aufwendungen verlangen kann;
8. (Nichtverfügbarkeit der Leistung) die nach Nummer 3 zulässige Vereinbarung eines Vorbehalts des Verwenders, sich von der Verpflichtung zur Erfüllung des Vertrags bei Nichtverfügbarkeit der Leistung zu lösen, wenn sich der Verwender nicht verpflichtet,  
a) den Vertragspartner unverzüglich über die Nichtverfügbarkeit zu informieren und  
b) Gegenleistungen des Vertragspartners unverzüglich zu erstatten.
6. (Constructive receipt)  
a provision providing that a declaration by the user of special importance to the other contracting party is deemed to have been received;
7. (Winding up of contracts)  
a provision according to which the user, in the event that a contracting party rescinds the contract or gives notice of termination, may demand,  
a) unreasonably high remuneration for enjoyment or use of a thing or a right or for performances rendered, or  
b) unreasonably high compensation for expenses;  
c)
8. (Unavailability of performance)  
an agreement, permissible under no. 3, of a reservation by the user to free him-self from the duty to fulfil the contract in the absence of availability of performance, if the user does not oblige himself to  
a) inform the contracting party of the unavailability without undue delay, and  
b) reimburse the contracting party for counter performances without undue delay.

### §309

#### Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit

Auch soweit eine Abweichung von den gesetzlichen Vorschriften zulässig ist, ist in Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam:

1. (Kurzfristige Preiserhöhungen)  
eine Bestimmung, welche die Erhöhung des Entgelts für Waren oder Leistungen vorsieht, die innerhalb von vier Monaten nach Vertragsschluss geliefert oder erbracht werden sollen; dies gilt nicht bei Waren oder Leistungen, die im Rahmen von Dauerschuldverhältnissen geliefert oder erbracht werden;
  2. (Leistungsverweigerungsrechte)  
eine Bestimmung, durch die  
a) das Leistungsverweigerungs-recht, das dem Vertragspartner des Verwenders nach § 320 zusteht, ausgeschlossen oder eingeschränkt wird oder  
b) ein dem Vertragspartner des Verwenders zustehendes Zurückbehaltungsrecht, soweit es auf demselben Vertragsverhältnis beruht, ausgeschlossen oder eingeschränkt, insbesondere von der Anerkennung von Mängeln durch den Verwender abhängig gemacht wird;
  3. (Aufrechnungsverbot)  
eine Bestimmung, durch die dem Vertragspartner des Verwenders die Befugnis genommen wird, mit einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderung aufzurechnen;
  4. (Mahnung, Fristsetzung)  
eine Bestimmung, durch die der Verwender von der gesetzlichen Obliegenheit freigestellt wird, den anderen Vertragsteil zu mahnen oder ihm eine Frist für die Leistung oder Nacherfüllung zu setzen;
  5. (Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen)  
die Vereinbarung eines pauschalierten Anspruchs des Verwenders auf Schadensersatz oder Ersatz einer Wertminderung, wenn  
a) die Pauschale den in den geregelten Fällen nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Schaden oder die gewöhnlich eintretende Wertminderung übersteigt oder  
b) dem anderen Vertragsteil nicht ausdrücklich der Nachweis gestattet wird, ein Schaden oder eine Wertminderung sei überhaupt nicht entstanden oder wesentlich niedriger als die Pauschale;
  6. (Vertragsstrafe)  
eine Bestimmung, durch die dem Verwender für den Fall der Nichtabnahme oder verspäteten Abnahme der Leistung, des Zahlungsverzugs oder für den Fall, dass der andere Vertragsteil sich vom Vertrag löst, Zahlung einer Vertragsstrafe versprochen wird;
  7. (Haftungsausschluss bei Verletzung von Leben, Körper, Gesundheit und bei grobem Verschulden)  
a) (Verletzung von Leben, Körper, Gesundheit)  
ein Ausschluss oder eine Begrenzung der Haftung für
1. (Price increases on short notice)  
a provision providing for an increase in remuneration for goods or Services that are to be delivered or rendered within four months of conclusion of the contract; this does not apply to goods or Services delivered or rendered in the framework of recurring obligations;
  2. (Rights to refuse service)  
a provision whereby the right to refuse  
a) performance which the party to the contract with the user is entitled to exercise under § 320, or is excluded from or restricted in exercising, or  
b) a right of retention which the party to the contract with the user is entitled to exercise to the extent that it is based on the same contractual relationship, or is excluded from or restricted in exercising, is particularly made dependent upon an acknowledgement of defects by the user;
  3. (Prohibition of set-off)  
a provision whereby the party to the contract with the user is deprived of the right to set off a claim that is uncontested or has been established with final and binding effect
  4. (Demand for Payment, setting of a time period)  
a provision whereby the user is ex-empted from the statutory requirement of giving the other contracting party a demand for payment or setting a period of time for the latter's performance or subsequent performance;
  5. (Lump-sum claims for compensation)  
the agreement of a lump-sum claim by the user for damages or for compensation for a reduction in value if  
a) the lump-sum exceeds the damage expected in the cases included under normal circumstances or the normally occurring reduction in value, or  
b) the other contracting party is not explicitly permitted to show that absolutely no damage or reduction in value has occurred or that it is considerably less than the lump-sum;
  6. (Contractual penalty)  
a provision whereby the user is promised the payment of a contractual penalty in the event of non-acceptance or late acceptance of the performance, default in payment or in the event that the other contracting party frees itself from the contract;
  7. (Exclusion of liability for death, personal injury, impairment to health and in case of gross culpability)  
a) (Death, personal injury, impairment to health) any

### §309

#### Prohibited Clauses without the Option of Appraisal

Even where derogation from the state law provisions is permissible, the following are invalid in General Terms and Conditions:

Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Verwenders oder einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen des Verwenders beruhen;

- b) (Grobes Verschulden)  
ein Ausschluss oder eine Begrenzung der Haftung für sonstige Schäden, die auf einer grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Verwenders oder auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen des Verwenders beruhen;

die Buchstaben a und b gelten nicht für Haftungsbeschränkungen in den nach Maßgabe des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Beförderungsbedingungen und Tarifvorschriften der Straßenbahnen, Obusse und Kraftfahrzeuge im Linienverkehr, soweit sie nicht zum Nachteil des Fahrgastes von der Verordnung über die Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den Straßenbahn- und Obusverkehr sowie den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 27. Februar 1970 abweichen; Buchstabe b gilt nicht für Haftungsbeschränkungen für staatlich genehmigte Lotterie- oder Ausspielverträge;

8. (Sonstige Haftungsausschlüsse bei Pflichtverletzung)

- a) (Ausschluss des Rechts, sich vom Vertrag zu lösen)  
eine Bestimmung, die bei einer vom Verwender zu vertretenden, nicht in einem Mangel der Kaufsache oder des Werkes bestehenden Pflichtverletzung das Recht des anderen Vertragsteils, sich vom Vertrag zu lösen, ausschließt oder einschränkt; dies gilt nicht für die in der Nummer 7 bezeichneten Beförderungsbedingungen und Tarifvorschriften unter den dort genannten Voraussetzungen;
- b) (Mängel)  
eine Bestimmung, durch die bei Verträgen über Lieferungen neu hergestellter Sachen und über Werkleistungen
- aa) (Ausschluss und Verweisung auf Dritte)  
die Ansprüche gegen den Verwender wegen eines Mangels insgesamt oder bezüglich einzelner Teile ausgeschlossen, auf die Einräumung von Ansprüchen gegen Dritte beschränkt oder von der vorherigen gerichtlichen Inanspruchnahme Dritter abhängig gemacht werden;
- bb) (Beschränkung auf Nacherfüllung)  
die Ansprüche gegen den Verwender insgesamt oder bezüglich einzelner Teile auf ein Recht auf Nacherfüllung beschränkt werden, sofern dem anderen Vertragsteil nicht ausdrücklich das Recht vorbehalten wird, bei Fehlschlagen der Nacherfüllung zu mindern oder, wenn nicht eine Bauleistung Gegenstand der Mängelhaftung ist, nach seiner Wahl vom Vertrag zurückzutreten;
- cc) (Aufwendungen bei Nacherfüllung)  
die Verpflichtung des Verwenders ausgeschlossen oder beschränkt wird, die zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, zu tragen;
- dd) (Vorenthalten der Nacherfüllung)  
der Verwender die Nacherfüllung von der vorherigen Zahlung des vollständigen Entgelts oder eines unter Berücksichtigung des Mangels unverhältnismäßig hohen Teils des Entgelts abhängig macht;
- ee) (Ausschlussfrist für Mängelanzeige)  
der Verwender dem anderen Vertragsteil für die Anzeige nicht offensichtlicher Mängel eine Ausschlussfrist setzt, die kürzer ist als die nach dem Doppelbuchstaben ff zulässige Frist;
- ff) (Erleichterung der Verjährung)  
die Verjährung von Ansprüchen gegen den Verwender wegen eines Mangels in den Fällen des § 438 Abs. 1 Nr. 2 und des § 634a Abs. 1 Nr. 2 erleichtert oder in den sonstigen Fällen eine weniger als ein Jahr betragende Verjährungsfrist ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn erreicht wird; dies gilt

exclusion or limitation of liability for damage due to death, personal injury, or an impairment to health caused by a negligent breach of duty by the user or intentional or negligent breach of duty by a legal representative or a person employed to perform an obligation of the user;

- b) (Gross fault)  
any exclusion or limitation of liability for other reasons due to negligent breach of duty by the user or intentional or negligent breach of duty by a legal representative or vicarious agent of the user;

the letters (a) and (b) do not apply to limitations on liability in terms of transport and tariff rules, authorised in accordance with the Passenger Transport Act, of trams, buses and motor vehicles in scheduled Services, to the extent that they do not deviate to the disadvantage of the passenger from the Ordinance on Standard Transport Terms for Tram and Bus Traffic as well as Scheduled Traffic with Motor Vehicles of 27 February 1970; letter (b) does not apply to limitations on liability for government-approved lottery or raffle contracts;

8. (Other exclusions of liability for breaches of duty)

- a) (Exclusion of the right to free one-self from the contract)  
a provision which, in the case of a breach of duty for which the user is responsible and which does not consist of a defect in the thing sold or the work, excludes or restricts the other party's right to free itself from the contract; this does not apply to the terms of contract and tariff rules referred to in No. 7 under the conditions set out therein;
- b) (Defects)  
a provision whereby in contracts relating to newly produced things and the performance of work
- aa) (Exclusion and Referral to Third Parties)  
the claims against the user due to defects in their entirety or with regard to individual parts are excluded, limited to the granting of claims against third parties or made contingent upon prior court action taken against third parties;
- bb) (Limitation to subsequent performance)  
the claims against the user are limited in their entirety or with regard to individual parts to the right to subsequent performance to the extent the other contracting party has not explicitly reserved the right to reduce the purchase price if the subsequent performance should fail or, unless a construction performance is the object of the liability for defects, to withdraw from the contract at its Option;
- cc) (Expenses for subsequent performance)  
the user's duty to bear expenses for the purpose of subsequent performance, in particular to bear transport, road, work and materials costs, is excluded or limited;
- dd) (Withholding subsequent performance)  
the user makes subsequent performance dependent upon prior payment of the entire fee or a portion of the fee that is disproportionate in view of the defect;
- ee) (Exclusion period for notification of defects)  
the user imposes an exclusionary period of time for the other contracting party to notify non-evident defects which is shorter than the period of time permissible under double letter
- ff) (Facilitation of limitation)  
the statute-barring of claims against the user due to a defect in the cases cited in § 438 para. (1) no. 2 and § 634a para. (1) no. 2 is facilitated, or in other cases a limitation period of less than one year reckoned as of the onset of the statutory limitation period is attained; this does not apply to contracts to which the whole of Part B of the Award Rules for Building and

- nicht für Verträge, in die Teil B der Verdingungsordnung für Bauleistungen insgesamt einbezogen ist;
9. (Laufzeit bei Dauerschuldverhältnissen)  
bei einem Vertragsverhältnis, das die regelmäßige Lieferung von Waren oder die regelmäßige Erbringung von Dienst- oder Werkleistungen durch den Verwender zum Gegenstand hat,  
a) eine den anderen Vertragsteil länger als zwei Jahre bindende Laufzeit des Vertrags,  
b) eine den anderen Vertragsteil bindende stillschweigende Verlängerung des Vertragsverhältnisses um jeweils mehr als ein Jahr oder  
c) zu Lasten des anderen Vertragsteils eine längere Kündigungsfrist als drei Monate vor Ablauf der zunächst vorgesehenen oder stillschweigend verlängerten Vertragsdauer;  
dies gilt nicht für Verträge über die Lieferung als zusammengehörig verkaufter Sachen, für Versicherungsverträge sowie für Verträge zwischen den Inhabern urheberrechtlicher Rechte und Ansprüche und Verwertungsgesellschaften im Sinne des Gesetzes über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten;
10. (Wechsel des Vertragspartners)  
eine Bestimmung, wonach bei Kauf-, Dienst- oder Werkverträgen ein Dritter anstelle des Verwenders in die sich aus dem Vertrag ergebenden Rechte und Pflichten eintritt oder eintreten kann, es sei denn, in der Bestimmung wird  
a) der Dritte namentlich bezeichnet oder  
b) dem anderen Vertragsteil das Recht eingeräumt, sich vom Vertrag zu lösen;
11. (Haftung des Abschlussvertreters)  
eine Bestimmung, durch die der Verwender einem Vertreter, der den Vertrag für den anderen Vertragsteil abschließt,  
a) ohne hierauf gerichtete ausdrückliche und gesonderte Erklärung eine eigene Haftung oder Einstandspflicht oder  
b) im Falle vollmachtloser Vertretung eine über § 179 hinausgehende Haftung auferlegt;
12. (Beweislast)  
eine Bestimmung, durch die der Verwender die Beweislast zum Nachteil des anderen Vertragsteils ändert, insbesondere indem er  
c) diesem die Beweislast für Umstände auferlegt, die im Verantwortungsbereich des Verwenders liegen, oder  
d) den anderen Vertragsteil bestimmte Tatsachen bestätigen lässt; Buchstabe b gilt nicht für Empfangsbekanntnisse, die gesondert unterschrieben oder mit einer gesonderten qualifizierten elektronischen Signatur versehen sind;
13. (Form von Anzeigen und Erklärungen)  
eine Bestimmung, durch die Anzeigen oder Erklärungen, die dem Verwender oder einem Dritten gegenüber abzugeben sind, an eine strengere Form als die Schriftform oder an besondere Zugangserfordernisse gebunden werden.
- Construction Work is incorporated;
9. (Term in the case of recurring obligations)  
in a contractual relationship the subject matter of which is the regular delivery of goods or the regular performance of Services or work by the user,  
a) a contractual term binding the other contracting party for more than two years,  
b) a tacit extension of the contractual relationship by more than one year at a time which is binding on the other contracting party, or  
c) a termination notice period which is longer than three months prior to expiry of the next planned or tacitly extended contractual term at the expense of the other contracting party;  
this does not apply to contracts relating to delivery of things which belong together, to insurance contracts as well as to contracts between the holders of intellectual property rights and Claims and royalty collecting societies within the meaning of the Act on the Administration of Copyright and related Trade Rights
10. (Change in contracting parties)  
a provision under which in case of purchase, Service or work agreements a third party accedes, or may accede, to the rights and duties under the contract in lieu of the user unless in that provision  
a) the third party is identified by name, or  
b) the other contracting party is granted the right to free itself from the contract;
11. (Liability of the contract agent)  
a provision whereby the user imposes on the agent entering into a contract for the other contracting party  
a) the latter's own liability or duty of responsibility without any explicit and separate declaration addressing the same, or  
b) liability going beyond that under § 179 in the case of representation without authority
12. (Burden of Proof)  
a provision whereby the user modifies the burden of proof to the disadvantage of the other contracting party, in particular by  
a) imposing on the latter the burden of proof for circumstances lying in the sphere of the user's responsibility, or  
b) having the other contracting party confirm certain facts; Letter (b) does not apply to acknowledgements of receipt that are signed separately or provided with a separate qualified electronic signature;
13. (Form of notices and declarations)  
a provision whereby notices or declarations that are to be made to the user or a third party are subject to a more stringent form than the written form or special receipt requirements.

### § 310

#### Anwendungsbereich

(1) § 305 Abs. 2 und 3 und die §§ 308 und 309 finden keine Anwendung auf Allgemeine Geschäftsbedingungen, die gegenüber einem Unternehmer, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen verwendet werden.<sup>2</sup> § 307 Abs. 1 und 2 findet in den Fällen des Satzes 1 auch insoweit Anwendung, als dies zur Unwirksamkeit von in den §§ 308 und 309 genannten Vertragsbestimmungen führt; auf die im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche ist angemessen Rücksicht zu nehmen.

(2) Die §§ 308 und 309 finden keine Anwendung auf Verträge der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgungsunternehmen über die Versorgung von Sonderabnehmern mit elektrischer Energie, Gas, Fernwärme und Wasser aus dem Versorgungsnetz, soweit die

### §310

#### Scope of Application

(1) §305 paras. (2) and (3) and §§308 and 309 do not apply to General Terms and Conditions which are used vis-a-vis an entrepreneur, a legal entity governed by public law or a special fund governed by public law.<sup>2</sup> In such cases, § 307 paras. (1) and (2) shall nevertheless apply to the extent that this results in the invalidity of the contractual provisions referred to in §§ 308 and 309; the customs and practices applicable to business transactions shall be duly taken into account.

(2) §§ 308 and 309 do not apply to contracts of electricity, gas, district heating or water supply companies for the supply to special customers of electricity, gas, district heating or water from the supply grid unless the conditions for the supply derogate, to the detriment of the customers, from regulations

Versorgungsbedingungen nicht zum Nachteil der Abnehmer von Verordnungen über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung von Tarifkunden mit elektrischer Energie, Gas, Fernwärme und Wasser abweichen. Satz I gilt entsprechend für Verträge über die Entsorgung von Abwasser.

(3) Bei Verträgen zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher (Verbraucherverträge) finden die Vorschriften dieses Abschnitts mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. Allgemeine Geschäftsbedingungen gelten als vom Unternehmer gestellt, es sei denn, dass sie durch den Verbraucher in den Vertrag eingeführt wurden;
2. § 305 c Abs. 2 und die §§ 306 und 307 bis 309 dieses Gesetzes sowie Artikel 29 a des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche finden auf vorformulierte Vertragsbedingungen auch dann Anwendung, wenn diese nur zur einmaligen Verwendung bestimmt sind und soweit der Verbraucher auf Grund der Vorformulierung auf ihren Inhalt keinen Einfluss nehmen konnte;
3. bei der Beurteilung der unangemessenen Benachteiligung nach § 307 Abs. 1 und 2 sind auch die den Vertragsschluss begleitenden Umstände zu berücksichtigen.
4. Dieser Abschnitt findet keine Anwendung bei Verträgen auf dem Gebiet des Erb-, Familien- und Gesellschaftsrechts sowie auf Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen. Bei der Anwendung auf Arbeitsverträge sind die im Arbeitsrecht geltenden Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen; § 305 Abs. 2 und 3 ist nicht anzuwenden. Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen stehen Rechtsvorschriften im Sinne von § 307 Abs. 3 gleich.

### § 312

#### Widerrufsrecht bei Haustürgeschäften

(1) Bei einem Vertrag zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher, der eine entgeltliche Leistung zum Gegenstand hat und zu dessen Abschluss der Verbraucher

1. durch mündliche Verhandlungen an seinem Arbeitsplatz oder im Bereich einer Privatwohnung,
2. anlässlich einer vom Unternehmer oder von einem Dritten zumindest auch im Interesse des Unternehmers durchgeführten Freizeitveranstaltung oder
3. im Anschluss an ein überraschendes Ansprechen in Verkehrsmitteln oder im Bereich öffentlich zugänglicher Verkehrsflächen

bestimmt worden ist (Haustürgeschäft), steht dem Verbraucher ein Widerrufsrecht gemäß § 355 zu.<sup>2</sup> Dem Verbraucher kann anstelle des Widerrufsrechts ein Rückgaberecht nach § 356 eingeräumt werden, wenn zwischen dem Verbraucher und dem Unternehmer im Zusammenhang mit diesem oder einem späteren Geschäft auch eine ständige Verbindung aufrechterhalten werden soll.

(2) Die erforderliche Belehrung über das Widerrufs- oder Rückgaberecht muss auf die Rechtsfolgen des § 357 Abs. 1 und 3 hinweisen.

(3) Das Widerrufs- oder Rückgaberecht besteht unbeschadet anderer Vorschriften nicht bei Versicherungsverträgen oder wenn

1. im Falle von Absatz I Nr. I die mündlichen Verhandlungen, auf denen der Abschluss des Vertrags beruht, auf vorhergehende Bestellung des Verbrauchers geführt worden sind oder
2. die Leistung bei Abschluss der Verhandlungen sofort erbracht und bezahlt wird und das Entgelt 40 Euro nicht übersteigt oder
3. die Willenserklärung des Verbrauchers von einem Notar beurkundet worden ist.

#### § 312a

##### Verhältnis zu anderen Vorschriften

Steht dem Verbraucher zugleich nach Maßgabe anderer Vorschriften ein Widerrufs- oder Rückgaberecht nach § 355 oder § 356 dieses Gesetzes, nach § 126 des Investmentgesetzes zu, ist das Widerrufs- oder Rückgaberecht nach § 312 ausgeschlossen.

on general conditions for the supply of tariff customers with electricity, gas, district heating or water. Sentence 1 applies mutatis mutandis to contracts for the disposal of sewage.

(3) In the case of contracts between an entrepreneur and a consumer (consumer contracts), the rules in this chapter shall apply, subject to the following provisions:

1. General Terms and Conditions are deemed to have been imposed by the entrepreneur, unless the consumer has introduced them into the contract;
2. § 305c para. (2) and §§ 306 and 307 to 309 of this Act as well as Article 29 a of the Introductory Act to the Civil Code shall also apply to pre-formulated contractual terms and conditions, if they are only intended for use a single time, and to the extent that, due to the pre-formulation, the consumer was not able to exert an influence over their content;
3. in judging unreasonable discrimination pursuant to § 307 paras. (1) and (2), the other circumstances involved in the conclusion of the contract must be taken into account.
4. This chapter does not apply to contracts in the field of the law of succession, family law and company law or to collective bargaining agreements, or works agreements. When applied to employment contracts the particularities applicable in employment and labour law must be appropriately taken into account; § 305 paras. (2) and (3) shall be applied. Collective bargaining agreements and works agreements shall be equivalent to legal provisions within the meaning of § 307 para. (3).

### § 312

#### Right of Revocation in the Case of Doorstep Transactions

(1) In the case of a contract between a businessperson and a consumer concerning performance for remuneration which the consumer has been induced to conclude

1. as a result of oral negotiations at his place of work or in a private residence,
2. on the occasion of a leisure event organized by the businessperson or a third party, which was at least also in the interest of the businessperson, or
3. subsequent to a surprise approach in a means of transport or a publicly accessible area,

(doorstep transactions), the consumer is entitled to a right of revocation in accordance with § 355.<sup>2</sup> In lieu of the right of revocation the consumer may be given a right of return under § 356 if a permanent connection is also to be maintained between the businessperson and the consumer in connection with this or a sub-sequent transaction.

(2) The requisite information on the right of revocation or return must refer to the legal consequences of § 357 paras. (1) and (3).

(3) Without prejudice to other provisions, there shall be no right of revocation or return in the case of insurance contracts or if

1. in the case of para. (1), no. 1, the oral negotiations on which the conclusion of the contract was based were conducted pursuant to a previous order placed by the consumer, or
2. the performance is paid for and rendered immediately upon conclusion of the contract and such payment does not exceed 40 euros, or
3. the consumer's declaration of intention has been certified by a notary.

#### § 312 a

##### Relationship to Other Provisions

If the consumer is simultaneously entitled to a right of revocation or return pursuant to § 355 or § 356 of this Statute, pursuant to § 126 of the Investment Act (*Investmentgesetz*), then the right of revocation or return pursuant to § 312 shall be excluded.



## §611

### Vertragstypische Pflichten beim Dienstvertrag

- (1) Durch den Dienstvertrag wird derjenige, welcher Dienste zusagt, zur Leistung der versprochenen Dienste, der andere Teil zur Gewährung der vereinbarten Vergütung verpflichtet.
- (2) Gegenstand des Dienstvertrags können Dienste jeder Art sein.

§§ 611 a und 611 b (weggefallen)

## § 612

### Vergütung

- (1) Eine Vergütung gilt als stillschweigend vereinbart, wenn die Dienstleistung den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist.
- (2) Ist die Höhe der Vergütung nicht bestimmt, so ist bei dem Bestehen einer Taxe die taxmäßige Vergütung, in Ermangelung einer Taxe die übliche Vergütung als vereinbart anzusehen.
- (3) (weggefallen)

## § 612a

### Maßregelungsverbot

Der Arbeitgeber darf einen Arbeitnehmer bei einer Vereinbarung oder einer Maßnahme nicht benachteiligen, weil der Arbeitnehmer in zulässiger Weise seine Rechte ausübt.

## § 613

### Unübertragbarkeit

Der zur Dienstleistung Verpflichtete hat die Dienste im Zweifel in Person zu leisten. Der Anspruch auf die Dienste ist im Zweifel nicht übertragbar.

## §613a

### Rechte und Pflichten bei Betriebsübergang

- (1) Geht ein Betrieb oder Betriebsteil durch Rechtsgeschäft auf einen anderen Inhaber über, so tritt dieser in die Rechte und Pflichten aus den im Zeitpunkt des Übergangs bestehenden Arbeitsverhältnissen ein. Sind diese Rechte und Pflichten durch Rechtsnormen eines Tarifvertrags oder durch eine Betriebsvereinbarung geregelt, so werden sie Inhalt des Arbeitsverhältnisses zwischen dem neuen Inhaber und dem Arbeitnehmer und dürfen nicht vor Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt des Übergangs zum Nachteil des Arbeitnehmers geändert werden. Satz 2 gilt nicht, wenn die Rechte und Pflichten bei dem neuen Inhaber durch Rechtsnormen eines anderen Tarifvertrags oder durch eine andere Betriebsvereinbarung geregelt werden. Vor Ablauf der Frist nach Satz 2 können die Rechte und Pflichten geändert werden, wenn der Tarifvertrag oder die Betriebsvereinbarung nicht mehr gilt oder bei fehlender beiderseitiger Tarifgebundenheit im Geltungsbereich eines anderen Tarifvertrags dessen Anwendung zwischen dem neuen Inhaber und dem Arbeitnehmer vereinbart wird.
- (2) Der bisherige Arbeitgeber haftet neben dem neuen Inhaber für Verpflichtungen nach Absatz 1, soweit sie vor dem Zeitpunkt des Übergangs entstanden sind und vor Ablauf von einem Jahr nach diesem Zeitpunkt fällig werden, als Gesamtschuldner.<sup>2</sup> Werden solche Verpflichtungen nach dem Zeitpunkt des Übergangs fällig, so haftet der bisherige Arbeitgeber für sie jedoch nur in dem Umfang, der dem im Zeitpunkt des Übergangs abgelaufenen Teil ihres Bemessungszeitraums entspricht.
- (3) Absatz 2 gilt nicht, wenn eine juristische Person oder eine Personenhandelsgesellschaft durch Umwandlung erlischt.
- (4) Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines Arbeitnehmers durch den bisherigen Arbeitgeber oder durch den neuen Inhaber wegen des Übergangs eines Betriebs oder eines Betriebsteils ist unwirksam. Das Recht zur Kündigung des

## §611

### Nature of the Service Agreement

- (1) With the service agreement, the party promising service is obligated to perform the service promised, and the other party is bound to pay the remuneration agreed upon.
- (2) Services of any kind may be the subject of the service agreement.

§§611 a and 611 b (repealed)

## § 612

### Remuneration

- (1) Remuneration shall be deemed to have been tacitly agreed upon if, under the circumstances, it is to be expected that service will be only performed against remuneration.
- (2) If the amount of the remuneration is not specified, where an official rate has been fixed, this rate of remuneration shall be deemed to have been agreed; where no official rate has been fixed, the usual remuneration shall be deemed to have been agreed.
- (3) (repealed)

## § 612a

### Prohibition of Disciplinary Actions

The employer may not discriminate against the employee in any agreement or measure because the employee has exercised his or her rights in a legitimate

## §613

### Strictly Personal Obligation and Entitlement

In case of doubt, the person obligated to perform the service shall perform it in person. In case of doubt the claim to the Services is not transferable.

## § 613a

### Rights and Obligations Upon the Transfer of a Business

- (1) Where a business or part of a business is transferred to another owner by means of a legal transaction, the new owner enters into the rights and obligations arising from the employment relationships in existence at the time of transfer. Where these rights and obligations are regulated by means of the legal standards set in a collective bargaining agreement or by a works agreement, they shall become an integral part of the employment contract between the new owner and the employee and may not be altered to the detriment of the employee until one year has elapsed following the date of transfer. Sent. 2 shall not apply if the rights and obligations in the relationship with the new owner are regulated by means of the legal standards set in another collective bargaining agreement or another works agreement. The rights and obligations may be altered prior to the expiration of the period pursuant to sent. 2 if the collective bargaining agreement or the works agreement has ceased to exist or, if neither party is bound to a collective bargaining agreement, within the scope of application of another collective bargaining agreement, the application of which is agreed upon between the new owner and the employee.
- (2) The former owner shall be jointly and severally liable together with the new owner for those obligations pursuant to para. (1), which arise prior to the date of transfer and become due before the expiration of one year after that date.<sup>2</sup> Where such obligations become due after the date of transfer, the previous owner shall be liable for them, however only for the fraction of the total assessment period reflecting the time elapsed before the transfer date.
- (3) Para. (2) shall not apply if a legal entity or a commercial partnership ceases to exist by virtue of transformation.
- (4) Any termination of an employee's employment relationship by the former employer or the new owner on account of the transfer of a business or part of a business shall be invalid. The right to terminate the employment relationship for other

Arbeitsverhältnisses aus anderen Gründen bleibt unberührt.

(5) Der bisherige Arbeitgeber oder der neue Inhaber hat die von einem Übergang betroffenen Arbeitnehmer vor dem Übergang in Textform zu unterrichten über:

1. den Zeitpunkt oder den geplanten Zeitpunkt des Übergangs,
2. den Grund für den Übergang,
3. die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Übergangs für die Arbeitnehmer und
4. die hinsichtlich der Arbeitnehmer in Aussicht genommenen Maßnahmen.

(6) Der Arbeitnehmer kann dem Übergang des Arbeitsverhältnisses innerhalb eines Monats nach Zugang der Unterrichtung nach Absatz 5 schriftlich widersprechen. Der Widerspruch kann gegenüber dem bisherigen Arbeitgeber oder dem neuen Inhaber erklärt werden.

#### §614

##### Fälligkeit der Vergütung

Die Vergütung ist nach der Leistung der Dienste zu entrichten.<sup>2</sup> Ist die Vergütung nach Zeitabschnitten bemessen, so ist sie nach dem Ablauf der einzelnen Zeitabschnitte zu entrichten.

#### § 615

##### Vergütung bei Annahmeverzug und bei Betriebsrisiko

Kommt der Dienstberechtigte mit der Annahme der Dienste in Verzug, so kann der Verpflichtete für die infolge des Verzugs nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein. Er muss sich jedoch den Wert desjenigen anrechnen lassen, was er infolge des Unterbleibens der Dienstleistung erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Dienste erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend in den Fällen, in denen der Arbeitgeber das Risiko des Arbeitsausfalls trägt.

#### §616

##### Vorübergehende Verhinderung

Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, dass er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muss sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt.

#### §618

##### Pflicht zu Schutzmaßnahmen

(1) Der Dienstberechtigte hat Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten und Dienstleistungen, die unter seiner Anordnung oder seiner Leitung vorzunehmen sind, so zu regeln, dass der Verpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet.

(2) Ist der Verpflichtete in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen, so hat der Dienstberechtigte in Ansehung des Wohn- und Schlafrums, der Verpflegung sowie der Arbeits- und Erholungszeit diejenigen Einrichtungen und Anordnungen zu treffen, welche mit Rücksicht auf die Gesundheit, die Sittlichkeit und die Religion des Verpflichteten erforderlich sind.

(3) Erfüllt der Dienstberechtigte die ihm in Ansehung des Lebens und der Gesundheit des Verpflichteten obliegenden Verpflichtungen nicht, so finden auf seine Verpflichtung zum Schadensersatz die für unerlaubte Handlungen geltenden Vorschriften der §§ 842 bis 846 entsprechende Anwendung.

#### § 619

##### Unabdingbarkeit der Fürsorgepflichten

Die dem Dienstberechtigten nach den §§ 617,618 obliegenden Verpflichtungen können nicht im Voraus durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden.

#### § 619a

##### Beweislast bei Haftung des Arbeitnehmers

reasons remains unaffected.

(5) The former employer or new owner shall inform the employees affected by a transfer in writing prior to the transfer with respect to:

1. the date or planned date of the transfer,
2. the reason for the transfer,
3. the legal, economic and social ramifications of the transfer for the employers and
4. prospective measures to be taken with respect to the employees

(6) The employee may object to the transfer of the employment relationship in writing within one month after receiving the notification pursuant to para. (5). The objection may be declared to the former employer or the new owner.

#### §614

##### Payability of the Remuneration

The remuneration shall be payable after performance of the Service.<sup>2</sup> If the remuneration is calculated by periods of time, it shall be payable at the end of each individual time period.

#### §615

##### Remuneration in Case of Default in Acceptance and Operational Risk

If the party entitled to the Service is in default of acceptance of the Service, the party obligated to render the service may demand the agreed upon remuneration for the service not performed as a result of the default, without being obligated to make up for Services not performed. The obligated party must, however deduct what he has saved as a result of not performing such service or has acquired or maliciously failed to acquire. Sent. 1 and 2 apply *mutatis mutandis* in cases in which the employer bears the risk of the loss of work hours.

#### § 616

##### Temporary Hindrance

The obligated party shall not lose his claim to remuneration due to being hindered, through no fault of his own, from performing the service for a comparatively insignificant period of time due to personal reasons. He must, however, deduct the amount accruing to him for the period of his incapacity of the health and accident insurance he has taken out due to a statutory obligation.

#### §618

##### Duty to Take Precautions

(1) The entitled party shall furnish and maintain the rooms, equipment and tools he needs to supply for the performance of the Services in such a way that the obligated party is protected against danger to his health and safety, to the extent permitted by the nature of the Services to be performed.

(2) Where the obligated party is taken into the household, the entitled party shall make such arrangements and measures with respect to his living and sleeping quarters, his board, as well as time for work and recreation as are necessary in light of the health, morals and religion of the obligated party.

(3) If the entitled party does not fulfill the obligations imposed upon him with respect to the obligated party's health and safety, the provisions of §§ 842 to 846 applicable to tort shall apply *mutatis mutandis* to his obligation to pay damages.

#### §619

##### Mandatory Nature of Duties of Care

The obligations imposed upon the entitled party pursuant to §§ 617 and 618 cannot be avoided or limited by contractual provisions in advance.

#### § 619a

##### Burden of Proof Where Employee is Liable

Abweichend von § 280 Abs. 1 hat der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber Ersatz für den aus der Verletzung einer Pflicht aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Schaden nur zu leisten, wenn er die Pflichtverletzung zu vertreten hat.

#### § 620

##### Ende des Dienstverhältnisses

(2) Das Dienstverhältnis endet mit dem Ablauf der Zeit, für die es eingegangen ist.

(3) Ist die Dauer des Dienstverhältnisses weder bestimmt noch aus der Beschaffenheit oder dem Zwecke der Dienste zu entnehmen, so kann jeder Teil das Dienstverhältnis nach Maßgabe der §§ 621 bis 623 kündigen.

(4) Für Arbeitsverträge, die auf bestimmte Zeit abgeschlossen werden, gilt das Teilzeit- und Befristungsgesetz.

#### § 621

##### Kündigungsfristen bei Dienstverhältnissen

Bei einem Dienstverhältnis, das kein Arbeitsverhältnis im Sinne des § 622 ist, ist die Kündigung zulässig,

1. wenn die Vergütung nach Tagen bemessen ist, an jedem Tag für den Ablauf des folgenden Tages;
2. wenn die Vergütung nach Wochen bemessen ist, spätestens am ersten Werktag einer Woche für den Ablauf des folgenden Sonnabends;
3. wenn die Vergütung nach Monaten bemessen ist, spätestens am fünfzehnten eines Monats für den Schluss des Kalendermonats;
4. wenn die Vergütung nach Vierteljahren oder längeren Zeitabschnitten bemessen ist, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen für den Schluss eines Kalendervierteljahrs;
5. wenn die Vergütung nicht nach Zeitabschnitten bemessen ist, jederzeit; bei einem die Erwerbstätigkeit des Verpflichteten vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nehmenden Dienstverhältnis ist jedoch eine Kündigungsfrist von zwei Wochen einzuhalten.

#### § 622

##### Kündigungsfrist bei Arbeitsverhältnissen

(1) Das Arbeitsverhältnis eines Arbeiters oder eines Angestellten (Arbeitnehmers) kann mit einer Frist von vier Wochen zum Fünfzehnten oder zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(2) Für eine Kündigung durch den Arbeitgeber beträgt die Kündigungsfrist, wenn das Arbeitsverhältnis in dem Betrieb oder Unternehmen

1. zwei Jahre bestanden hat, einen Monat zum Ende eines Kalendermonats,
2. fünf Jahre bestanden hat, zwei Monate zum Ende eines Kalendermonats,
3. acht Jahre bestanden hat, drei Monate zum Ende eines Kalendermonats,
4. zehn Jahre bestanden hat, vier Monate zum Ende eines Kalendermonats,
5. zwölf Jahre bestanden hat, fünf Monate zum Ende eines Kalendermonats,
6. 15 Jahre bestanden hat, sechs Monate zum Ende eines Kalendermonats,
7. 20 Jahre bestanden hat, sieben Monate zum Ende eines Kalendermonats.

Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer werden Zeiten, die vor der Vollendung des 25. Lebensjahrs des Arbeitnehmers liegen, nicht berücksichtigt.

(3) Während einer vereinbarten Probezeit, längstens für die Dauer von sechs Monaten, kann das Arbeitsverhältnis mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden.

(4) Von den Absätzen 1 bis 3 abweichende Regelungen können durch Tarifvertrag vereinbart werden. Im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrags gelten die abweichenden tarifvertraglichen Bestimmungen zwischen nicht tarifgebundenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wenn ihre Anwendung zwischen ihnen vereinbart ist.

(5) Einzelvertraglich kann eine kürzere als die in Absatz 1

Notwithstanding § 280 para. (1), the employee shall only compensate the employer for damage arising from the breach of a duty under the employment relationship if he is responsible for the breach of duty.

#### § 620

##### End of Service Relationship

(2) The service relationship shall end with the expiration of the agreed term.

(3) Where the term of the service relationship is not fixed or cannot be inferred from the nature or purpose of the service to be rendered, either party may give notice to terminate the service relationship as provided for in §§ 621 to 623.

(4) For employment agreements concluded for a fixed period of time, the Part-Time and Limited Term Employment Act (*Teilzeit- und Befristungsgesetz*) shall apply.

#### § 621

##### Termination Notice Periods in Service Relationships

In a service relationship which is not an employment relationship within the meaning of § 622, notice of termination is permissible

1. on any day, for the end of the following day, if the remuneration is calculated by the day;
2. no later than on the first working day of a week for the end of the following Saturday, if the remuneration is calculated by the week;
3. no later than on the fifteenth day of any month for the end of the calendar month, if the remuneration is calculated by the month;
4. with the observance of a six-week notice period for the end of a calendar quarter, if the remuneration is calculated by the quarter or a longer period;
5. any time if the remuneration is not calculated by a time period; however, where a service relationship completely or predominantly engages the working activities of the obligated party, a two-week notice period shall be observed.

#### § 622

##### Termination Notice Period for an Employment Relationship

(1) The employment relationship of a wage worker or salaried employee (employee) may be terminated by observing a four-week termination notice period, to be effective on the fifteenth or the last day of a calendar month.

(2) The notice period for a termination by the employer shall have the following length: if the employment relationship has lasted

1. two years, one month up to the end of a calendar month,
2. five years, two months up to the end of a calendar month,
3. eight years, three months up to the end of a calendar month,
4. ten years, four months up to the end of a calendar month,
5. twelve years, five months up to the end of a calendar month,
6. fifteen years, six months up to the end of a calendar month,
7. twenty years, seven months up to the end of a calendar month.

The period preceding the employee's 25th birthday shall not be taken into account when determining the duration of employment.

(3) During an agreed probation period, to last no longer than six months, the employment relationship may be terminated with a notice period of two weeks.

(4) Termination notice periods differing from those set forth in paras. (1) through (3) may be agreed upon in a collective bargaining agreement. In the area of applicability of such a collective bargaining agreement, the divergent collective bargaining agreement provisions between employers and employees not bound by a collective bargaining agreement shall apply if their applicability is agreed upon between them.

(5) Termination notice periods shorter than those set forth in

genannte Kündigungsfrist nur vereinbart werden,

1. wenn ein Arbeitnehmer zur vorübergehenden Aushilfe eingestellt ist; dies gilt nicht, wenn das Arbeitsverhältnis über die Zeit von drei Monaten hinaus fortgesetzt wird;
2. wenn der Arbeitgeber in der Regel nicht mehr als 20 Arbeitnehmer ausschließlich der zu ihrer Berufsbildung Beschäftigten beschäftigt und die Kündigungsfrist vier Wochen nicht unterschreitet.

Bei der Feststellung der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer sind teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von nicht mehr als 20 Stunden mit 0,5 und nicht mehr als 30 Stunden mit 0,75 zu berücksichtigen. Die einzelvertragliche Vereinbarung längerer als der in den Absätzen 1 bis 3 genannten Kündigungsfristen bleibt hiervon unberührt.

(6) Für die Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitnehmer darf keine längere Frist vereinbart werden als für die Kündigung durch den Arbeitgeber.

### § 623

#### Schriftform der Kündigung

Die Beendigung von Arbeitsverhältnissen durch Kündigung oder Auflösungsvertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform; die elektronische Form ist ausgeschlossen.

### § 624

#### Kündigungsfrist bei Verträgen über mehr als 5 Jahre

Ist das Dienstverhältnis für die Lebenszeit einer Person oder für längere Zeit als fünf Jahre eingegangen, so kann es von dem Verpflichteten nach dem Ablauf von fünf Jahren gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate.

### § 625

#### Stillschweigende Verlängerung

Wird das Dienstverhältnis nach dem Ablauf der Dienstzeit von dem Verpflichteten mit Wissen des anderen Teiles fortgesetzt, so gilt es als auf unbestimmte Zeit verlängert, sofern nicht der andere Teil unverzüglich widerspricht.

### § 626

#### Fristlose Kündigung aus wichtigem Grund

(1) Das Dienstverhältnis kann von jedem Vertragsteil aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn Tatsachen vorliegen, auf Grund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile die Fortsetzung des Dienstverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zu der vereinbarten Beendigung des Dienstverhältnisses nicht zugemutet werden kann.

(2) Die Kündigung kann nur innerhalb von zwei Wochen erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Kündigungsberechtigte von den für die Kündigung maßgebenden Tatsachen Kenntnis erlangt. Der Kündigende muss dem anderen Teil auf Verlangen den Kündigungsgrund unverzüglich schriftlich mitteilen.

### § 627

#### Fristlose Kündigung bei Vertrauensstellung

(1) Bei einem Dienstverhältnis, das kein Arbeitsverhältnis im Sinne des § 622 ist, ist die Kündigung auch ohne die in § 626 bezeichnete Voraussetzung zulässig, wenn der zur Dienstleistung Verpflichtete, ohne in einem dauernden Dienstverhältnis mit festen Bezügen zu stehen, Dienste höherer Art zu leisten hat, die auf Grund besonderen Vertrauens übertragen zu werden pflegen.

(2) Der Verpflichtete darf nur in der Art kündigen, dass sich der Dienstberechtigte die Dienste anderweit beschaffen kann, es sei denn, dass ein wichtiger Grund für die unzeitige Kündigung vorliegt. Kündigt er ohne solchen Grund zur Unzeit, so hat er dem Dienstberechtigten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

### § 628

#### Teilvergütung; Schadensersatz bei fristloser Kündigung

para. (1) may only be agreed upon on an individual contractual basis

1. if an employee is hired on a temporary basis to provide help; this shall not apply, if the employment relationship exceeds three months.
2. if the employer, as a rule, employs no more than twenty employees, not including apprentices and the termination notice period is not less than four weeks.

In establishing the number of employees, those part-time employees whose regular hours of work do not exceed 20 hours weekly shall be counted as 0.5 of an employee and those whose regular hours of work do not exceed 30 hours monthly shall be counted as 0.75 of an employee. Individual agreements providing for longer termination notice periods than those set forth in paras. (1) through (3) shall not be affected.

(6) It may not be stipulated that the notice period for termination by the employee will be longer than for termination by the employer.

### §623

#### Written Form of Termination

The termination of an employment relationship by dismissal, resignation or a termination agreement must be in writ-ten form to be effective; electronic form is excluded.

### § 624

#### Termination Notice Period for Contracts Exceeding Five Years

Where the Service relationship is entered into for the lifetime of a person or for longer than five years, it may be terminated by the obligated party after the expiration of five years. The termination notice period shall be six months.

### § 625

#### Tacit Extension

Where the obligated party continues the Service relationship beyond the expiration of the Service period, with the knowledge of the other party, it shall be extended for an indefinite period unless the other party immediately objects.

### § 626

#### Termination Without Notice

(1) The employment relationship may be terminated without notice by either contractual party for good cause (*aus wichtigem Grund*) if circumstances are present which, taking the entire situation of the individual case into account and weighing the interests of both parties, render it unreasonable to expect the terminating party to continue the employment relationship until the termination period has elapsed or until the agreed upon conclusion of the employment relationship.

(2) The termination must take place within two weeks. The two-week period commences when the party entitled to terminate learns of the circumstances justifying the termination. On request, the terminating party must immediately inform the other party in writing of the reasons for the termination.

### § 627

#### Termination Without Notice in Case of a Position of Confidence

(1) In the case of a service relationship which is not an employment relationship within the meaning of § 622, termination is possible even without the prerequisites set forth in § 626 if the obligated party must, without being in a continuous service relationship with fixed remuneration, perform higher level ser-vices which are regularly entrusted on the basis of special confidence.

(2) The obligated party may only give notice of termination in such a way that the entitled party can obtain the Services elsewhere, unless good cause for the un-timely notice exists. If he gives untimely notice without such good cause, he must compensate the entitled party for any damages resulting there from.

### § 628

#### Partial Remuneration, Damages in Case of Termination

(1) Wird nach dem Beginn der Dienstleistung das Dienstverhältnis auf Grund des §626 oder des §627 gekündigt, so kann der Verpflichtete einen seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung verlangen.<sup>2</sup> Kündigt er, ohne durch vertragswidriges Verhalten des anderen Teiles dazu veranlasst zu sein, oder veranlasst er durch sein vertragswidriges Verhalten die Kündigung des anderen Teiles, so steht ihm ein Anspruch auf die Vergütung insoweit nicht zu, als seine bisherigen Leistungen infolge der Kündigung für den anderen Teil kein Interesse haben. Ist die Vergütung für eine spätere Zeit im Voraus entrichtet, so hat der Verpflichtete sie nach Maßgabe des § 346 oder, wenn die Kündigung wegen eines Umstands erfolgt, den er nicht zu vertreten hat, nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung zurückzuerstatten.

(2) Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten des anderen Teiles veranlasst, so ist dieser zum Ersatz des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet.

#### **§629**

##### **Freizeit zur Stellungssuche**

Nach der Kündigung eines dauernden Dienstverhältnisses hat der Dienst-berechtigte dem Verpflichteten auf Verlangen angemessene Zeit zum Aufsuchen eines anderen Dienstverhältnisses zu gewähren.

#### **§630**

##### **Pflicht zur Zeugniserteilung**

Bei der Beendigung eines dauernden Dienstverhältnisses kann der Verpflichtete von dem anderen Teil ein schriftliches Zeugnis über das Dienstverhältnis und dessen Dauer fordern. Das Zeugnis ist auf Verlangen auf die Leistungen und die Führung im Dienst zu erstrecken. Die Erteilung des Zeugnisses in elektronischer Form ist ausgeschlossen. Wenn der Verpflichtete ein Arbeitnehmer ist, findet § 109 der Gewerbeordnung Anwendung.

#### **Without Notice**

(1) Where, upon commencement of the Provision of service, notice of termination of the service relationship is given on the basis of § 626 or § 627, the obligated party may demand a part of the remuneration in proportion to the Services already rendered. If he gives notice without being caused to do so by the other party's conduct in breach of the contract, or if he causes the other party to give notice by his conduct in breach of the contract, he shall have no claim to remuneration to the extent that the Services he has already performed are of no interest to the other party as a result of the notice of termination.<sup>3</sup> If the remuneration has been paid in advance for a later time, the obligated party must reimburse it pursuant to § 347 or, if the notice of termination results from circumstances beyond his control, in accordance with the provisions regarding the restitution of unjust enrichment.

(2) If the notice was caused by the other part's conduct in breach of contract, the latter shall be liable for the damages resulting from the termination of the service relationship.

#### **§ 629**

##### **Time Off to Seek Employment**

Following notice of termination of an ongoing service relationship, the party entitled to the services shall, upon re-quest, grant the party obligated to render the services adequate time to seek other employment.

#### **§630**

##### **Duty to Provide a Reference**

At the end of an ongoing continuous Service relationship, the obligated party may demand from the other party a written reference with respect to the Service relationship and its duration. Such reference shall, upon request, also cover the obligated party's performance and conduct while rendering the service. The reference may not be provided in electronic form If the obligated party is an employee, § 109 of the Trade Code (*Gewerbeordnung*) shall apply.